

Inhalt

SCHWERPUNKTTHEMA: Postwachstumsgesellschaft - Postwachstumsengagement

- Loske: BE in der Postwachstumsgesellschaft
- Paech: Grundlagen der Postwachstumsökonomie
- Jensen / Scheub: Die Förderung des guten Lebens
- Pissarskoi: Postwachstum und gesellschaftliches Engagement
- Tracht: Postwachstumsengagement
- »Das konvivalistische Manifest«: Publikation

LÄNDER

- Unfreiwilligster Spendenlauf Deutschlands erhält Preis
- Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz: Projektmittel
- 1. Vereinskonzferenz in Mannheim
- »Direkte Demokratie auf Länderebene«: Publikation

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND –FÖRDERUNG

- Zimmermann: Kunst- und Meinungsfreiheit
- Weniger Bundesfreiwilligendienstleistende? BMFSFJ widerspricht Presseberichten
- Vereinfachte Abfrage statt Führungszeugnis im Ehrenamt?
- Online-Stimmabgabe bei der Sozialwahl umstritten
- Mindestlohnregeln und Sport: CDU/CSU sieht Handlungsbedarf
- Mehrgenerationenhäuser: Union fordert Konzept
- TTIP: Gemeinsames Verbändepapier

AKTUELLES AUS DEM BBE

- Forum Inklusive Gesellschaft: Auftakt im BMAS
- Workshop Arbeitsmarktneutralität in den Freiwilligendiensten
- Mitglied des Monats: Deutscher Naturschutzring (DNR)

FACHDISKURS

- Anschläge von Paris und Zukunft der offenen Gesellschaft
- Entwicklungspolitische Förderung: Seminarangebot
- Ehrenamtliche Akteure beim Übergang Schule zu Beruf
- bagfa-Veranstaltungskalender 2015 erschienen
- Adenauer-Campus: Blog und mehr für Ehrenamtliche
- 3. Deutscher Diversity-Tag: Aktionslandkarte 2015 online
- Umfrage Kulturpolitische Gesellschaft
- Hauptstadt des Fairen Handels 2015: Wettbewerb
- »Vitalisierung ländlicher Räume«: Publikation
- Hinweis

SCHWERPUNKTTHEMA: Postwachstumsgesellschaft - Postwachstumsengagement

nach oben

Loske: BE in der Postwachstumsgesellschaft

Bürgerschaftliches Engagement in der Postwachstumsgesellschaft ist das Thema des Gastbeitrages von Prof. Dr. Reinhard Loske, Professor für Nachhaltigkeit und Transformationsdynamik an der Universität Witten/ Herdecke. In einer kurzen Rekonstruktion verfolgt er zunächst den Weg von der Wachstumskritik in der Nachhaltigkeitsdiskussion der 1970er Jahre bis zu ihrer Marginalisierung durch einen neuen globalen Wachstumdiskurs in den 1990er Jahren. Im Zentrum seiner weiteren Ausführungen steht die gegenwärtige, zivilgesellschaftlich geprägte zweite Phase der Wachstumskritik durch praktische Ökonomien des Teilens, der Langlebigkeit und des Prosumierens. Sie beruhen in starkem Maße auf bürgerschaftlichem Engagement und realisieren Ökonomien jenseits von Staat und Markt, ohne sich dem Markt zu entziehen. Aufgabe des Staates ist es, so der Autor, faire Rahmenbedingungen herzustellen.

Gastbeitrag von Prof. Dr. Reinhard Loske unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2015/02/nl03_gastbeitrag_loske.pdf (389 kB)

nach oben

Paech: Grundlagen der Postwachstumsökonomie

Grundlagen der Postwachstumsökonomie und Kritik der Wachstumsökonomie auch in der »grünen« Form sind Gegenstand des Gastbeitrages von Prof. Dr. Niko Paech, außerplanmäßiger Professor am Lehrstuhl für Produktion und Umwelt an der Universität Oldenburg. Die nach wie vor vorherrschenden Debatten um unterschiedliche Wachstumsökonomien sind für Paech Gespensterdebatten: Egal, in welcher Form, haben sie keine Zukunft. Es stellt sich nur die Frage, ob der Übergang zu Postwachstumsökonomien »by design« oder »by desaster« stattfindet. Was nützt, sind »Entrümpelungen« übervoller Lebensstile und energiefressender Komfortkrücken sowie kleinräumigere Produktionssysteme. Die Trennung von ProduzentIn und KonsumentIn würde durch den Lebensstil des Prosumenten/ der Prosumentin überwunden. Dass der Weg des »by design« beschritten wird, ist aus politischen Gründen unwahrscheinlich. Strategisch kommt es auf die »dezentrale und autonome Entwicklung vieler Rettungsboote« an.

Gastbeitrag von Prof. Dr. Niko Paech unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2015/02/nl03_gastbeitrag_paech.pdf (397 kB)

nach oben

Jensen / Scheub: Die Förderung des guten Lebens

Die »Bürgerdialoge« der Bundesregierung, mit der sie einen »Aktionsplan Gut leben« erarbeiten will, sind der Ansatzpunkt des Gastbeitrages der Journalistinnen Annette Jensen und Dr. Ute Scheub. Diesem Vorhaben attestieren sie eine Fülle an ideologischen Widersprüchen, dem sie einen bürgerschaftlichen Aktionsplan von unten entgegensetzen. Die Zuordnung der Regierungspläne im Koalitionsvertrag zu den Punkten »Deutschlands Wirtschaft stärken« und »Wachstum, Innovation und Wohlstand« zementieren von vornherein die empirisch widerlegte Behauptung eines Zusammenhangs von Wachstum und Glück: »Das deutsche Bruttoinlandsprodukt stieg innerhalb von drei Jahrzehnten pro Kopf um 60 Prozent, gleichzeitig sank die Lebenszufriedenheit um 10 Prozent.« Dagegen setzen die Autorinnen auf eine Glücksökonomie, die orientiert ist am Teilen, an Empathie, an Gleichheit, Relokalisierung der Wirtschaft und Selbstorganisation.

Gastbeitrag von Annette Jensen und Dr. Ute Scheub unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2015/02/nl03_gastbeitrag_jensen_scheub.pdf (416 kB)

nach oben

Pissarskoi: Postwachstum und gesellschaftliches Engagement

Postwachstum als gesellschaftliches Engagement für eine gerechte und lebenswerte Gesellschaft ist das Thema des Gastbeitrages von Dr. Eugen Pissarskoi, Forscher am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung in Berlin zu Fragen der Umweltgerechtigkeit und zur Klimaökonomik. Für fünf Prozesse innerhalb des Erdsystems hat die gegenwärtige Menschheit die planetaren Grenzwerte bereits überschritten, nach denen wahrscheinlich spätere Generationen schlechtere Lebensbedingungen haben werden: Es handelt sich um überschrittene Grenzwerte bei der Menge von Phosphor und Stickstoff in Böden und Gewässern, das Verschwinden natürlicher Arten, um Klimawandel und Waldabholzung. Die heutige Lebensweise ist intergenerationell und global ungerecht. Der Autor diskutiert die Unterschiede in den Lösungsstrategien zwischen grünem Wachstum und Postwachstum. Erstere muss auf einen gewaltigen technologischen Fortschritt setzen, letztere auf einen sozialen Wandel mit dem Ziel, »dass die Gesellschaftsmitglieder bessere Möglichkeiten haben, selbstbestimmt und freudvoll innerhalb der planetaren Grenzen zu leben«.

Gastbeitrag von Dr. Eugen Pissarskoi unter

<http://www.b-b->

[e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2015/02/nl03_gastbeitrag_pissarskoi.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2015/02/nl03_gastbeitrag_pissarskoi.pdf) (395 kB)

nach oben

Tracht: Postwachstumsengagement

Postwachstumsengagement im Widerspruch zwischen einer Abkehr von Wachstumsengagement und einer Einverleibung in Wachstumsökonomie ist das Thema des Gastbeitrages von Susann Tracht. Unter Bezug auf die von Christoph Zeckra (im BBE-Newsletter 19/2014) und Dr. Gerd Placke entwickelten Positionen entwickelt die Autorin eine Kritik an einem Verständnis von Postwachstumsengagement, das nur scheinbar aus den aktuellen Verwertungskreisläufen heraustritt. Bürgerschaftliches Engagement wird so instrumentalisiert und dient lediglich zum Abfedern von Fehlentwicklungen, wenn es diese nicht sogar unterstützt. Echtes Postwachstumsengagement ist für die Autorin »kein konsensorientierter Resonanzboden sondern ein kritischer Resonanzboden, der Bedarfe und Lücken kritisch aufnimmt und danach erst (re)agiert.«

Gastbeitrag von Susann Tracht unter

<http://www.b-b->

[e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2015/02/nl03_gastbeitrag_tracht.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2015/02/nl03_gastbeitrag_tracht.pdf) (440 kB)

nach oben

»Das konvivalistische Manifest«: Publikation

»Das konvivalistische Manifest. Für eine neue Kunst des Zusammenlebens«, herausgegeben von Frank Adloff und Claus Leggewie, benennt in groben Zügen, welche Fehlentwicklungen zeitgenössische Gesellschaften durchlaufen. Das Manifest ermittelt zwei Hauptursachen: den Primat des eigennutzorientierten Denkens und Handelns sowie die Verabsolutierung des Glaubens an die glücklich machende Wirkung des wirtschaftlichen Wachstums. Demgegenüber wird eine positive Version des guten Lebens gestellt: das Streben nach einer neuen Kunst, miteinander zu leben (con-vivere, lat.: zusammenleben). Das Manifest ist das Ergebnis einer knapp zweijährigen Diskussion zwischen etwa 50 WissenschaftlerInnen mit unterschiedlichen Überzeugungen, die den Text unter dem Pseudonym »Les Convivialistes« verfasst haben.

Publikation bestellen unter

<http://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-2898-2/das-konvivalistische-manifest>

nach oben

LÄNDER

nach oben

Unfreiwilligster Spendenlauf Deutschlands erhält Preis

Der Deutsche Fundraising Verband würdigt die fantasievolle Aktion gegen Rechts in Wunsiedel mit einem Sonderpreis. Am 15. November 2014 hatte die Aktion »Rechts-gegen-Rechts« den im oberfränkischen Wunsiedel stattfindenden »Trauermarsch« einer rechtsextremistischen Organisation kurzerhand in einen unfreiwilligen Spendenlauf gegen Rechts verwandelt. Für jeden Meter, den die Neonazis hinter sich ließen, spendeten Wunsiedeler Bürgerinnen und Bürger sowie viele weitere Fans der Aktion 10 Euro an die Organisation »EXIT-Deutschland«, die Neonazis beim Ausstieg aus der rechten Szene hilft. Über 10.000 Euro kamen dabei zusammen. Schon während der Aktion erfuhr die rechten Marschierer über Plakate, dass sie so zum Teil einer Aktion gegen Rechts geworden waren.

Weitere Informationen unter

<http://fundraisingverband.de/information/news/pressemitteilungen/pressemitteilungen-2015/kreativer-geht-es-kaum.html>

nach oben

Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz: Projektmittel

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend schreibt »Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz« aus. Mit bis zu 10.000 Euro werden Ideen zum Aufbau oder zur Weiterentwicklung einer solchen Allianz für die Dauer von zwei Jahren gefördert. Bis Ende 2016 soll sich die Zahl von bislang knapp 300 unterstützten lokalen Allianzen - wie zum Beispiel Mehrgenerationenhäuser, Vereine, Organisationen, Kirchengemeinden, Ärzte, kulturelle Einrichtungen und

Kommunen - auf insgesamt bis zu 500 Standorte erhöhen. Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 28. Februar 2015.

Weitere Informationen unter

<http://www.lokale-allianzen.de/service/foerderung/wettbewerb-2015/>

nach oben

1. Vereinskonzferenz in Mannheim

Die 1. Mannheimer Vereinskonzferenz findet am 24. Februar 2015 statt. Eröffnet wird sie von Bürgermeisterin Felicitas Kubala. Zum Thema »Wert von Vereinen« kommen des Weiteren Impulse von Vertreterinnen und Vertretern des Gemeinderats, der Stadtverwaltung und aus Mannheimer Vereinen. Anschließend bieten sich Gesprächs- und Netzwerkmöglichkeiten.

Weitere Informationen unter

<http://www.mannheimer-vereinswerkstatt.de/?event=save-the-date-1-mannheimer-vereins-konferenz-mit-verwaltung-fraktionen-buergervereinen>

nach oben

»Direkte Demokratie auf Länderebene«: Publikation

In der Publikation »Direkte Demokratie auf Länderebene« vergleicht Marcus Faber den Prozess und Ausgang von drei Verfahren direkter Demokratie zum Thema Kinderbetreuung in den drei Bundesländern Brandenburg, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Er beantwortet dabei u. a. die Fragen: Wie funktioniert direkte Demokratie auf Länderebene? Reichen gleiche rechtliche Rahmenbedingungen, um eine gleiche Wirkung in den Ländern zu gewährleisten? Der Autor zeigt dabei auch auf, warum die politische Kultur in den jeweiligen Bundesländern wesentlich für die unterschiedlichen Resultate ist.

Publikation bestellen unter

<http://www.tectum-verlag.de/direkte-demokratie-auf-landerebene.html>

nach oben

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND –FÖRDERUNG

nach oben

Zimmermann: Kunst- und Meinungsfreiheit

Nach den Anschlägen auf die Redaktion der französischen Zeitung Charlie Hebdo im Januar dieses Jahres oder den Bedrohungen des Karikaturisten Kurt Westergaard war der klare Schulterschluss für Meinungs- und Pressefreiheit wichtig und richtig, so Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, in seinem Kommentar. Gleichwohl sieht er die Notwendigkeit, die vorhandene Diskussion über die Grenzen grenzenloser Freiheit differenziert und sachlich zu führen. Dabei stellt sich neben den vorhandenen rechtlichen Grenzen die Frage, ob es darüber hinaus nicht auch einen Respekt vor religiösen Gefühlen geben sollte? Ebenso ist über eine spürbare »Entfremdung zwischen der westlichen, weitge-

hend säkularen Welt und dem Islam« nachzudenken und über die daraus folgende Verunsicherung einerseits, das Gefühl des »Jetzt erst recht« andererseits. Die sich zeigenden Reibungspunkte »intensiver zu diskutieren, ohne das Grundrecht in Frage zu stellen, ist mehr als nur eine spannende Herausforderung, es ist überfällig.«

Kommentar von Olaf Zimmermann unter

<http://www.b-b->

[e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2015/02/nl03_kommentar_zimmermann.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2015/02/nl03_kommentar_zimmermann.pdf)

(368 kB)

nach oben

Weniger Bundesfreiwilligendienstleistende? BMFSFJ widerspricht Presseberichten

Von dpa über Ärzteblatt bis SpiegelOnline verbreitet sich die Behauptung, dass die Zahlen der Freiwilligen beim Bundesfreiwilligendienst eingebrochen seien, sowohl bei den Freiwilligen unter 27 Jahren, aber noch mehr bei den Älteren. Spekuliert wird über fehlende Attraktivität, Desinteresse bei jungen Menschen oder Einstellungsstopp für Ältere. Auf Anfrage der BBE-Newsletter-Redaktion beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) teilt das Ministerium in einer Stellungnahme mit: »Die Nachfrage nach dem Bundesfreiwilligendienst (BFD) ist nach wie vor sehr hoch und es gibt mehr Bewerberinnen und Bewerber für einen BFD als Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Von einem Einbruch kann nicht gesprochen werden. Die in dem Presseartikel genannten Zahlen spiegeln die Zahl der Dienstbeginne wider. Da ein Dienst in jedem Monat eines Jahres begonnen werden kann, sind diese Zahlen wenig geeignet, um den Verlauf und die Entwicklung des Bundesfreiwilligendienstes zu beurteilen. Die Zahl der hohen Dienstantritte in 2013 war einer Überbuchung geschuldet, die einmalig mit zusätzlichen Haushaltsmitteln in 2014 bereinigt werden konnte. Die Entwicklung des BFD ist vielmehr anhand der Jahresdurchschnittszahl der Freiwilligen im Dienst darzustellen, und die hat sich von 2013 auf 2014 insgesamt, aber auch für die lebensälteren Freiwilligen, sogar erhöht.« Das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben teilt auf Anfrage mit, dass sich die Jahresdurchschnittszahl der Freiwilligen im Dienst von 40.356 Freiwilligen (davon 17.030 über 27 Jahre) in 2013 auf 42.786 Freiwillige (davon 17.454 über 27 Jahre) in 2014 erhöht hat.

Weitere Informationen unter

<http://www.derwesten.de/politik/zahl-der-bufdi-bewerber-ist-2014-dramatisch-eingebrochen-id10255792.html>

Weitere Informationen zum Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben unter

<http://www.bafza.de/startseite.html>

nach oben

Vereinfachte Abfrage statt Führungszeugnis im Ehrenamt?

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend führte am 2. Februar 2015 eine öffentliche Anhörung zur obligatorischen Vorlage eines erweiterten

Führungszeugnisses von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen in der Kinder- und Jugendarbeit durch. Dabei lautete das Votum der acht ExpertInnen und Sachverständigen, dieses Verfahren durch eine vereinfachte bereichsspezifische Auskunft des Bundeszentralregisters darüber zu ersetzen, ob ein einschlägiger Eintrag vorliegt. Der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig, hält dies gerade auch deshalb für ausreichend, weil eine differenzierte Beurteilung der Schwere der Verfehlung nicht notwendig ist. Das aktuelle Verfahren sei dagegen zu bürokratisch, datenschutzrechtlich umstritten, mit zu hohen Kosten verbunden und verunsichere viele Vereine und deren MitarbeiterInnen, die sich oftmals einem Generalverdacht ausgesetzt sehen würden. Mehrere Sachverständige forderten zudem, dass Verurteilungen wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen nicht mehr aus dem Führungszeugnis gestrichen werden sollten.

Weitere Informationen unter

http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a13/anhoerungen/stellungnahmen_inhalt_02022015/356816

nach oben

Online-Stimmabgabe bei der Sozialwahl umstritten

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales führte am 2. Februar 2015 eine öffentliche Anhörung zu einem Gesetzentwurf zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze (18/3699) durch. In diesem »Omnibusgesetz« geht es um zahlreiche sozialpolitische Projekte und Themen, angefangen bei der Etablierung vereinfachter Meldeverfahren in der Sozialversicherung über die »assistierte Ausbildung« für lernschwache Jugendliche bis hin zur Finanzierung der »Pille danach«. In den Ausführungen der geladenen Sachverständigen ging es neben der assistierten Ausbildung insbesondere um das Thema von Online-Wahlen bei der Sozialwahl. VertreterInnen der Gewerkschaften sahen Probleme beim Datenschutz und die Gefahr möglicher Manipulationen. Auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) äußerte mit Blick auf die technische Absicherung Bedenken. Aus dem wissenschaftlichen Raum wurde hingegen dafür geworben, diese Idee nicht immer weiter hinauszuschieben, um endlich zu einer höheren Wahlbeteiligung bei der Wahl der Selbstverwaltungsorgane der gesetzlichen Sozialversicherungsträger zu kommen.

Weitere Informationen unter

http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a11/kw06_pa_arbeit/357030

nach oben

Mindestlohnregeln und Sport: CDU/CSU sieht Handlungsbedarf

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sieht nach wie vor Klärungsbedarf zur Anwendung des Mindestlohngesetzes im Sportbereich. Zwar wurden durch eine Protokollerklärung im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens Ausnahmen für ÜbungsleiterInnen und Ehrenamtliche geschaffen. Danach sei von einer »ehrenamtlichen Tätigkeit« immer dann auszugehen, wenn sie nicht von der Erwartung einer adäquaten finanziellen Gegenleistung, sondern von dem Willen geprägt ist, sich für das Gemeinwohl einzusetzen. MdB Eberhard Gienger sieht hier als sportpolitischer Sprecher der Union jedoch weiteren Klärungsbedarf. Insbesondere müssen

die Vereine wissen, welche Auswirkungen das Gesetz für die vielen Vertragsamateure hat, die in der Regel nur eine geringe Vergütung erhalten, obwohl sie einen erheblichen Zeitaufwand für ihren Sport betreiben. Sind das Training, die An- und Abfahrt bei Turnieren oder die Physiotherapie zur Arbeitszeit zu zählen und wie sollen die in der Regel ehrenamtlich geführten Vereine dann ihre Dokumentationspflichten erfüllen?

Weitere Informationen unter

<http://www.cducsu.de/presse/pressemitteilungen/sportvereine-brauchen-beim-mindestlohn-schnell-rechtssicherheit>

nach oben

Mehrgenerationenhäuser: Union fordert Konzept

Die Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie die Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben sich in ihrer ersten Sitzung Mitte Januar 2015 mit der Zukunft der Mehrgenerationenhäuser befasst. Dabei wurde begrüßt, dass das Bundesfamilienministerium die auf die Arbeit der Ministerinnen Ursula von der Leyen und Kristina Schröder zurückgehenden Mehrgenerationenhäuser weiter fördert und auch eine Verstärkung dieser Förderung beabsichtigt. Das sei ein gutes Signal auch an die Kommunen. Gerade deshalb müsse es jetzt ein Konzept seitens des Ministeriums geben, wie der kommunalpolitische Sprecher Ingbert Liebing feststellte: »Das Bundesfamilienministerium ist jetzt jedoch gefordert, ein tragfähiges Konzept so rechtzeitig vorzulegen, dass das Signal und die guten Aussichten tatsächlich in einer Planungssicherheit münden.«

Weitere Informationen unter

<http://www.cducsu.de/presse/pressemitteilungen/bei-mehrgenerationenhaeusern-die-von-der-union-geschaffenen-strukturen-erhalten>

nach oben

TTIP: Gemeinsames Verbändepapier

Am 30. Januar 2015 hat ein Zusammenschluss von Institutionen und Organisationen - darunter die Akademie der Künste, der Deutsche Kulturrat, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die IG Metall und Verdi, der Verbraucherzentrale Bundesverband, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), der Deutsche Naturschutzring (DNR) und Transparency Deutschland, als »Initiativgruppe für verantwortungsvolle Handelspolitik« in einem gemeinsamen Positionspapier Kritik am Freihandelsabkommen TTIP geäußert. Darin warnen sie davor, dass TTIP »den ›Wert‹ des Freihandels über die Werte einer aus europäischer Sicht erstrebenswerten ökologisch-sozialen Marktwirtschaft« setzen könnte.

Papier unter

<http://www.kulturrat.de/dokumente/ttip-verbaendepapier.pdf>

nach oben

AKTUELLES AUS DEM BBE

nach oben

Forum Inklusive Gesellschaft: Auftakt im BMAS

Mit dem Dialogforum »Mobilität und Engagement« fand am 22. Januar 2015 im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) die Auftaktveranstaltung zum Projekt »Forum Inklusive Gesellschaft« des BBE statt. Über 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten im Format der Zukunftswerkstatt zunächst darüber, wie Zugänge zu Engagement für Menschen mit Behinderungen und Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen geschaffen und erleichtert werden können. Ebenfalls im Fokus stand die Frage, durch welche Maßnahmen die Mobilität im öffentlichen Raum verbessert und Barrieren – auch in der Kommunikation – abgebaut werden können. In vielen Beiträgen wurde hervorgehoben, dass eine auf individuelle Bedürfnisse zugeschnittene Assistenz eine wesentliche Voraussetzung für das freiwillige Engagement von Menschen mit Behinderungen sei. In den kommenden eineinhalb Jahren widmet sich das Projekt »Forum Inklusive Gesellschaft« in fünf weiteren Dialogforen unterschiedlichen Themenschwerpunkten. Ziel der Veranstaltungsreihe ist es, Handlungsempfehlungen für Bundesregierung, Gesetzgeber und zivilgesellschaftliche Organisationen zu erarbeiten, damit sie das Engagement von Menschen mit Behinderungen besser unterstützen können. Das Projekt wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert.

Weitere Informationen zum Projekt unter
<http://b-b-e.de/projekte/forum-inklusive-gesellschaft/>

nach oben

Workshop Arbeitsmarktneutralität in den Freiwilligendiensten

Zum Thema »Arbeitsmarktneutralität in den Freiwilligendiensten« hat am 16. Januar 2015 ein gemeinsamer Workshop des DGB, des BAK-FSJ, des BAK-FÖJ und der AG 3 »Freiwilligendienste« des BBE beim DGB in Berlin stattgefunden. Es ging um die Frage, inwieweit dem Gebot der Arbeitsmarktneutralität von Freiwilligendiensten tatsächlich entsprochen wird und wie Arbeitsmarktneutralität besser gesichert werden kann. Ziel war es, eine gemeinsame Position zu entwickeln, die in einem zweiten Schritt mit VertreterInnen aus der Politik (Bund, Land, Kommunen) beraten werden soll. Die Diskussion für eine gemeinsame Lösung erfolgte in einer Atmosphäre großer Ernsthaftigkeit und wechselseitiger Wertschätzung. Im Nachklang des Workshops werden die GewerkschaftsvertreterInnen wie auch die VertreterInnen der Träger/Zentralstellen ihre Folgerungen aus der Diskussion zusammenstellen und mit Unterstützung des BBE einen gemeinsamen Vorschlag formulieren.

Weitere Informationen unter
<http://www.b-b-e.de/netzwerk/arbeitsgruppen/uu-3/veranstaltungen-3/>

nach oben

Mitglied des Monats: Deutscher Naturschutzring (DNR)

Mit 5,5 Millionen Mitgliedern in 100 Mitgliedsverbänden ist der Deutsche Naturschutzring, Gründungsmitglied des BBE, der viertgrößte Dachverband in Deutschland. Er versammelt Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen, Natursportorganisationen, Erzeugerverbände, Stiftungen und Institute, darunter BUND und NABU, die ebenfalls Mitglied im BBE sind. Im Jahr 1950 mit 15 Mitgliedsverbänden gegründet, tritt der DNR inzwischen seit 65 Jahren für Naturschutz und Nachhaltigkeit ein. Aufgabe des Verbandes ist es u.a., umwelt- und naturschutzpolitische Forderungen der Zivilgesellschaft auf Bundes- und EU-Ebene durchzusetzen, die Arbeit seiner Mitglieder zu koordinieren und über aktuelle Gesetze, Initiativen, Projekte und Studien zu informieren. Die natürlichen Ressourcen auch für zukünftige Generationen zu bewahren und ein nachhaltiges, umweltgerechtes Wirtschaften zu fördern, sind Ziele des DNR. Im Rahmen des Projekts »Generationengerechtigkeit als ökologisch-soziale Herausforderung«, das sich dem Beitrag des Umweltschutzes zur sozialen Gerechtigkeit widmet, bringt der DNR Organisationen und Verbände aus Naturschutz und sozialem Engagement zusammen. Die Online-Plattform des Projekts bietet AkteurInnen die Möglichkeit, Kooperationspartner für gemeinsame Ziele und Projekte zu finden, um sich für eine sozial und ökologisch nachhaltige Gesellschaft zu engagieren. Der DNR ist beteiligt am Projekt Forschungswende. Es bietet Umweltverbänden, Entwicklungshilfsorganisationen und anderen Organisationen eine Plattform, um Wissenschaft und Forschung zu diskutieren und hilft den Organisationen, sich an der Forschungswende für eine nachhaltige Transformation der Gesellschaft zu beteiligen.

Weitere Informationen zum Deutschen Naturschutzring unter <http://bit.ly/1zhPgBA>

Online-Plattform zum Projekt »Generationengerechtigkeit als ökologisch-soziale Herausforderung«
<http://www.nachhaltigkeits-check.de>

Weitere Informationen zum Projekt Forschungswende
<http://www.forschungswende.de/index.php>

nach oben

FACHDISKURS

nach oben

Anschläge von Paris und Zukunft der offenen Gesellschaft

Am Montag, den 9. Februar 2015, findet in Berlin eine Debatte zur Bedeutung der Anschläge von Paris für die Zukunft der offenen Gesellschaft statt, veranstaltet von der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit »Perlentaucher« und »internationales literaturfestival berlin«. Moderiert von Ralf Fücks diskutieren Pascal Bruckner (Schriftsteller, Paris, Frankreich), Micha Brumlik (Publizist, Berlin, Deutschland), Thierry Chervel (Journalist, Perlentaucher, Berlin, Deutschland)

und Lamy Kaddor (Islamwissenschaftlerin, Münster, Deutschland). Die Diskussion findet in deutscher und französischer Sprache mit Simultanübersetzung statt und kann auch als Livestream verfolgt werden.

Weitere Informationen unter

<http://calendar.boell.de/de/event/terror-frankreich>

nach oben

Entwicklungspolitische Förderung: Seminarangebot

Seit 2012 leitet Engagement Global gGmbH über unterschiedliche Programme Gelder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) an entwicklungspolitisch aktive Einrichtungen und Entwicklungsorganisationen weiter. Zudem berät sie auch Programme von der Antragstellung bis zur Projektumsetzung, die direkt vom BMZ gefördert werden. Neben der anlassbezogenen Beratung und Seminaren zu einzelnen Förderlinien bietet Engagement Global gGmbH entwicklungspolitisch Aktiven vor diesem Hintergrund zukünftig auch Grundlagenseminare an, beispielsweise zum Zuwendungs- und Vergaberecht oder zum Bundesreisekostengesetz. Ein Grundlagenseminar Zuwendungsrecht findet vom 25. Februar 2015 bis zum 27. Februar 2015 in Bonn statt. Eintägige Seminare zu Vergaberecht und Bundesreisekostengesetz finden im April und Mai 2015 ebenfalls in Bonn statt. Die Kosten für die Seminarteilnahme werden aus Mitteln des BMZ mit geringer Eigenbeteiligung der Teilnehmenden finanziert, auch in einem gewissen Rahmen Reisekosten.

Weitere Informationen unter

<http://www.engagement-global.de/seminarkalender.html>

nach oben

Ehrenamtliche Akteure beim Übergang Schule zu Beruf

Am 16. April 2015 findet in Berlin eine Tagung mit dem programmatischen Titel statt: »Gemeinsam für Ausbildung - wie ehrenamtliche Akteure beim Übergang von Schule zu Beruf unterstützen (können)«. Trotz drohendem Fachkräftemangel, unbesetzter Lehrstellen in Ausbildungsbetrieben und dem demografischen Wandel bleiben mehrere zehntausend SchulabgängerInnen ohne Ausbildungsplatz, darunter überproportional viele mit Zuwanderungsgeschichte. Wie kann diese Herausforderung auf politischer, wirtschaftlicher und persönlicher Ebene bewältigt werden? Auf der Tagung sollen ehrenamtlich Aktive aus der Zivilgesellschaft, die in Bereichen wie der Migrantenselbstorganisation, Elternarbeit, Jugendinitiativen usw. beim Übergang von der Schule in den Beruf unterstützen, mit den wichtigsten AnbieterInnen auf dem Ausbildungsmarkt – kleine und mittlere Unternehmen, die vier von fünf Azubis in Deutschland ausbilden – miteinander ins Gespräch kommen. Ebenso wird es Gespräche mit ExpertInnen aus der (Kommunal-)Politik, Verwaltung, Jugendarbeit oder den Gewerkschaften geben. Ziel ist es, gemeinsam praxisnahe Lösungs- und Sensibilisierungsstrategien zu erörtern und die Netzwerkbildung aller relevanten AkteurInnen zu befördern. Es werden keine Teilnahmegebühren erhoben. Bitte merken Sie sich das Datum vor, ein detailliertes Programm folgt im Februar. Veranstalter ist das Bündnis für Demokratie und Toleranz in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Weitere Informationen unter
<http://www.buendnis-toleranz.de/themen/integration/169090/save-the-date-tagung-am-16-april-2015-in-berlin>

nach oben

bagfa-Veranstaltungskalender 2015 erschienen

Der bagfa-Veranstaltungskalender 2015 ist erschienen und bietet Freiwilligenagenturen wieder ein umfangreiches Fortbildungs- und Vernetzungsangebot. Zu den inhaltlichen Schwerpunkten gehören in diesem Jahr u.a. Erkenntnisse und Folgerungen aus dem Generali Engagementatlas 2015, das freiwillige Engagement von und für Flüchtlinge oder Inklusion für das Engagement.

Weitere Informationen unter
<http://www.bagfa.de/aktuelles/archiv/2015/january/artikel/bagfa-veranstaltungskalender-2015-erschiene.html>

nach oben

Adenauer-Campus: Blog und mehr für Ehrenamtliche

Auf dem Adenauer-Campus der Konrad-Adenauer-Stiftung finden sich im Netz zentrale Lernangebote der Konrad-Adenauer-Stiftung mit portionierten Wissenspäckchen, interaktiven Tools und Spielen zum Ausprobieren, Online-Bereichen zu Veranstaltungen und vielem mehr. Ein eigener Bereich ist dem Thema Bürgerengagement und Ehrenamt gewidmet. Dort gibt es für »Ehrenamtliche, Weltverbesserer und Menschen, die sich stark machen für die Gemeinschaft« zum Beispiel Fundraisingtipps, wie sich Vereine eine finanzielle Basis schaffen können oder das Seminarprogramm Ehrenamt.

Weitere Informationen unter
<http://www.adenauercampus.de>

nach oben

3. Deutscher Diversity-Tag: Aktionslandkarte 2015 online

Die Aktionslandkarte 2015 für den 3. Deutschen Diversity-Tag ist online gegangen und erste Anmeldungen sind schon eingetragen, um Vielfalt bundesweit ins Rampenlicht zu rücken. Aktivitäten und Veranstaltungen - ob nun Workshop durchführen, Flashmob oder Tag der offenen Tür - können für die Aktionslandkarte angemeldet werden.

Weitere Informationen unter
<http://www.charta-der-vielfalt.de/diversity-tag.html>

nach oben

Umfrage Kulturpolitische Gesellschaft

Eine Studie, die im Auftrag des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft und mit Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführt wird, soll den prekären Arbeitsbedingungen im Kunst- und Kulturbereich auf den Grund gehen, um anschließend untersuchen zu können, was einzelne Personen leisten können, um die Arbeitsbedingungen fairer zu gestalten. Insbesondere soll

die Studie das Vorhaben der Initiative »art but fair« überprüfen, eine Selbstverpflichtung und ein Prüfsiegel für faire Kunst einzuführen. Als Teil der Studie wird für die Bereiche der Musik und Darstellenden Kunst eine 10-minütige Umfrage durchgeführt, bei der auch die Idee einer Selbstverpflichtung und eines Gütesiegels für faire Kunst bewertet wird.

Umfrage unter
<http://umfrage.artbutfair.org>

nach oben

Hauptstadt des Fairen Handels 2015: Wettbewerb

Mittlerweile zum siebten Mal wird der Preis »Hauptstadt des Fairen Handels« von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt durchgeführt. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) fördert den Wettbewerb finanziell. Bewerben können sich alle Städte und Gemeinden, die durch Aktivitäten vor Ort den Fairen Handel mit ihren AkteurInnen vor Ort unterstützen. Es können sowohl einzelne Aktionen oder Projekte als auch kontinuierliche Maßnahmen eingereicht werden. Diese müssen bis zum Einsendeschluss abgeschlossen bzw. Praxis sein. Bis zu 100.000 Euro Preisgeld, die maximal auf fünf Preisträger verteilt werden, stehen zur Verfügung. Zudem gibt es fünf Sonderpreise. Einsendeschluss ist der 13. Juli 2015.

Weitere Informationen und Bewerbungsunterlagen unter
<http://www.service-eine-welt.de/hauptstadtfh/hauptstadtfh-start.html>

nach oben

»Vitalisierung ländlicher Räume«: Publikation

Im Projekt »Vitalisierung ländlicher Räume durch intergenerative Zusammenarbeit« der Evangelischen Akademien Deutschland e.V. wurden von 2011 bis 2013 in den drei strukturschwachen Regionen Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen unterschiedliche Ansätze zur Stärkung von Teilhabe und Zivilgesellschaft konzipiert und durchgeführt. Zu dem Projekt sind drei Bände erschienen, die das Vorgehen, die Erkenntnisse und die Beispiele darstellen. Der erste Band »Intergenerative Zusammenarbeit« von Klaus Holz (Hrsg.) dokumentiert das Vorgehen, die Erfahrungen und Ergebnisse der drei Projektstandorte. Band 2 »Lebendiger ländlicher Raum« von Klaus-Dieter Kaiser (Hrsg.) thematisiert und spezifiziert die besonderen Herausforderungen sowie die AkteurInnen in der Region Mecklenburg-Vorpommern. Band 3 »Vitalisierung in der Praxis« von Siegrun Höhne beschäftigt sich mit dem Projektstandort Sachsen-Anhalt und stellt dortige Projektbeispiele dar.

Publikationen bestellen unter
http://www.wochenschauverlag.de/attributeindexer/list/product/index_ids/73840/

nach oben

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 19. Februar 2015.
Redaktionsschluss ist der 11. Februar 2015.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Dr. Rainer Sprengel und Jana Börsdamm, B.A.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

www.b-b-e.de

Geschäftsführer PD Dr. Ansgar Klein

Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0

E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein(at)b-b-e.de)

[nach oben](#)

[Hinweis](#)

Gefördert vom

